

Schießen muss sein!

Naturschützer wehren sich gegen Aiwangers Bürokratieabbau-Pläne

Landkreis – Ein Jäger will, dass weniger Wild geschossen werden muss. Und ausgerechnet von Naturschützern erntet er dafür Kritik. Klingt schräg, hat aber Gründe. Es geht um Baumverbiss und Bürokratieabbau – und der Jäger heißt Hubert Aiwanger; Freie-Wähler-Chef, stellvertretender Ministerpräsident und bayerischer Jagdminister. Als solcher rüttelt Aiwanger an der sogenannten Abschussplanung. Diese schreibt Jägern amtlich vor, wie viele Rehe, Hirsche und Wildschweine sie im Jahr erlegen müssen, um ihrer Hegeaufgabe gerecht zu werden. „Weniger Planwirtschaft, mehr Eigenverantwortung ist die Zukunft“, findet der Minister.

Für den Bund Naturschutz darf es dagegen weiterhin ruhig etwas Planwirtschaft sein. „Dieses Instrument hat sich auch in Ebersberg bewährt“, so Kreisvorsitzender Sepp Biesenberger aus Grafing in einer Pressemitteilung. „Es abzuschaffen, wäre fahrlässig und würde den enormen Herausforderungen nicht gerecht, denen unsere Wälder gegenüberstehen.“

Die Wälder im Landkreis leiden massiv unter den Folgen der Klimakrise, argumentiert der BN. Um dauerhafte Kahlflecken zu vermeiden, müsse stabiler Mischwald nachwachsen können. „Doch vielerorts wird dieser Prozess durch überhöhte Wildbestände erschwert, weil diese die jungen, nachwachsenden Bäume auffressen.“ Deshalb werben die Naturschützer für eine „waldfreundliche Auslegung der Schalenwildbejagung“. Eine Umschreibung für die Forderung, genügend Tiere zu erschießen, um den Schutz der Bäume zu gewährleisten.



Bayerns Jagdminister Hubert Aiwanger (FW), hier bei einem Besuch im Ebersberger Forst, rüttelt an der sogenannten Abschussplanung. Diese schreibt Jägern amtlich vor, wie viele Rehe, Hirsche und Wildschweine sie erlegen müssen. ROSSMANN

Der Landkreis Ebersberg gehört nach einer Auswertung zu den am wenigsten von Verbiss betroffenen Regionen Bayerns. Für alle fünf Hegegemeinschaften sei die Belastung „tragbar“, heißt es im Forstlichen Gutachten von 2024. „Dafür danken wir vom BN allen Beteiligten“, so Regina Wegemann, Kreisgeschäftsführerin. Das belege aber auch, dass die Abschussplanung sinnvoll zur Waldverjüngung beitrage. Das gelte es beizubehalten oder in Revieren mit zu hoher Verbissbelastung gegebenenfalls nachzulegen: „Das heißt, die Abschussquote muss hier erhöht werden“, so der Bund Naturschutz.

Bei den hiesigen Jägern sieht man derzeit keinen Grund, am aktuellen System zu rütteln. Die Abschussquoten würden in



Sepp Biesenberger
Chef des Bund Naturschutz

aller Regel erfüllt, einen großen bürokratischen Aufwand verspüre man nicht, die Zusammenarbeit mit den Behörden verlaufe gut, fasst es der Baldhamer Karem Gomaa, Vorsitzender der hiesigen Kreisgruppe des Landesjagdverbands, zusammen: „Wir sehen da keine Probleme.“

Genauso wenig Werner Fauth, Vorstand der Waldbesitzervereinigung München-Ost,

die auch für den Kreis Ebersberg zuständig ist. Er lobt ausdrücklich die Zusammenarbeit mit den hiesigen Jägern und auch den Behörden, den „Praktikern vor Ort“, derentwegen der Landkreis verbissmäßig auch so gut in Schuss sei. „Es wären dringend Verbesserungen gefragt“, sagt er dennoch über die bürokratischen Auswüchse der Abschussplanung.

Den Ball sehe er aber weniger im Feld von Minister Aiwanger, sondern beim Bayerischen Jagdverband (BJV) und dessen Präsident, Ernst Weidenbusch aus Haar (Kreis München). Der BJV lehnt in einer Stellungnahme die Bewertungen der Forstverwaltung in ihrer derzeitigen Form als Grundlage der Abschussplanung ab: Sie seien „vom persönlichen

Gefühl des Verfassers“ abhängig, nicht objektiv und damit ungeeignet, „gute und schlechte Jäger“ voneinander abzugrenzen. Gefragt sei die Forstwirtschaft: „Der Wald zeigt, ob der Waldumbau stimmt!“ Der Waldbesitzer-Chef wiederum zweifelt daran, dass mit Weidenbusch eine konstruktive Reform der Abschussplanung zu machen ist. „Der ist komplett weltfremd und stur wie ein Steinesel!“, wütet Fauth beim Telefonat mit der EZ.

Unabhängig vom Groll gegen den Jagdoberen scheint das Waldklima unter Jägern, Naturschützern und Waldbesitzern im Landkreis Ebersberg beim Thema Abschussplanung einen gemeinsamen Nenner zu haben: Schießen muss sein.

JOSEF AMETSCHLER